

Presse-Information

Saarbrücken, 15. Januar 2019

Kritik am Grünen Fake-News-Wahlkampf: Schulsanierungen im Regionalverband dank Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II und der Regionalversammlung

Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Regionalversammlung Saarbrücken, Volker Schmidt, kritisiert den Fake-News-Wahlkampf der Grünen im Regionalverband Saarbrücken: „Ein sauberer Wahlkampf arbeitet mit Fakten und nicht mit haltlosen Unterstellungen gegenüber der Regionalversammlung und dem Regionalverbandsdirektor. Die Grünen waren offenbar bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre geistig abwesend, als die entsprechenden Förderprogramme von Bund oder Land aufgesetzt wurden. Die Sanierungen der Schulen im Regionalverband Saarbrücken unter kommunalen Schuldenlast im Jahr 2019 liegen dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II sowie dem Beschluss der Regionalversammlung zur Sanierung der Schulen zugrunde. So fördert der Bund die Baukosten bis zu 90 Prozent. Förderprogramme zu nutzen und nicht alle Investitionen den Kommunen aufzulasten - das wollen die Grünen offensichtlich nicht mittragen und verweigern sich damit aktiv den Schulsanierungen. Ich erwarte auch von einer kleinen Oppositionspartei, einen fairen und sachlichen Umgang – auch in Wahlkampfzeiten.“

Zur Frage der Schulsozialarbeit ergänzt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und jugendhilfepolitische Sprecher, David Pasternak: „Dass Herr Jost Sonderlösungen für die Schulsozialarbeit fordert, während das Land und die Kreise in einer Interministeriellen Arbeitsgruppe an einer Lösung der Zuständigkeiten und Personalisierungen verhandeln, liegt wohl an der Abwesenheit von Herr Jost im zuständigen Jugendhilfegremium im vergangenen Halbjahr. Dort war das Thema mehrfach auf der Tagesordnung.“ Von den Verhandlungen zwischen den Kreisen und dem Land verspricht sich Pasternak Lösungen für die ungerechte Verteilung der Schulsozialarbeit auf Landesebene: „Das Land weiß darum, dass die Verteilung der Schulsozialarbeit per Gießkannenprinzip an alle Landkreise der Gewichtung von Problemen an einzelnen Schulstandorten nicht gerecht wird. Wir sind sicher, dass alle Beteiligten an einer konstruktiven Lösung im Sinne der Schulen arbeiten.“